

Einige der Positionen dürften vor allem im linken Lager auf Skepsis stoßen. So argumentieren Dullien, Herr und Kellermann, dass ein modernes Finanzwesen über die Schöpfung von Kredit Wachstum und Wohlstand befördert. »In einer Geldwirtschaft mit funktionierendem Finanzsystem ist es nicht notwendig, dass vor Investitionen Ersparnisse gebildet werden. Investitionen schaffen vielmehr durch die angeregte Einkommensbildung eben jene Ersparnisse.« Es könne deshalb nicht darum gehen, ein minimalistisches Kreditgewerbe oder eine Welt ohne Schulden anzustreben. Auch zeigen sie, wie die Liberalisierung von Märkten für Produkte und Dienstleistungen, zum Beispiel im Telekommunikationssektor, die Innovationskraft fördern kann. Wachstumskritik wird man in dem Buch vergeblich suchen.

Derlei Tabubrüche machen allerdings den Reiz des Buches aus. Man kann »Der gute Kapitalismus« als Manifest für eine moderne sozialdemokratische Politik lesen, als ein Plädoyer dafür, die Dynamik der Marktkräfte für den Menschen nutzbar zu machen – statt sich ihnen zu unterwerfen oder sie zu ersticken.

*Mark Schieritz,
Die Zeit, Frankfurt*

**ABRAHAM F. LOWENTHAL / THEODORE J. PICCONE /
LAURENCE WHITEHEAD (Hrsg.):**

The Obama Administration and the Americas. Agenda for Change

Washington D.C. 2009

The Brookings Institution Press, 234 S.

Es waren versöhnliche Töne, die Präsident Obama im April 2009 in seiner Rede beim Amerikagipfel in Trinidad und Tobago anschlug: ein »Neuanfang« mit Kuba, eine »Partnerschaft auf Augenhöhe« mit der Region Lateinamerika und außerdem »shake hands« mit Chávez, dem schärfsten Kritiker der USA. Erleben wir also derzeit die ersten Anzeichen einer Wende in Washingtons Lateinamerikapolitik oder war die medial inszenierte Freundschaftsoffensive rein symbolischer Natur?

Ein Plädoyer für eine umfassende Politik des »Wandel[s] durch Annäherung« hat The Brookings Institution, einer der führenden Think Tanks der USA, mit dem Sammelband »The Obama Administration and the Americas. Agenda for Change« vorgelegt. Die Autoren zeichnen darin ein hoffnungsvolles Bild einer neuen Partnerschaft zwischen den USA und den lateinamerikanischen sowie karibischen Ländern. Die USA können noch immer einen bedeutenden Einfluss auf die Art der demokratischen Entwicklung in Lateinamerika haben – so der Tenor der Beiträge –, wenn sie geduldig sind, multilateral agieren und ihre Herangehensweise auf die Heterogenität der Region und der Probleme abstimmen.

Der Sammelband, der vor dem ersten Auftritt des neuen amerikanischen Präsidenten beim fünften Gipfeltreffen amerikanischer Staaten erschien, umfasst sechs Länderstudien und gibt für jedes dieser Länder weitreichende Handlungsempfehlungen. Mittels dieser Studien hegen die namhaften Herausgeber Abraham Lowenthal, Theodore Piccone und Laurence Whitehead den Anspruch, Regierung, Kongress und NGOs einen Weg aufzuzeigen, wie den Defiziten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in den Ländern Lateinamerikas gezielter begegnet werden kann.

Inhaltlich gliedert sich die Publikation in zwei Teile. Den Auftakt bilden drei »overview essays« von Lowenthal, Zovatto und Piccone. Darin geben sie unter anderem zu bedenken, dass die Region Lateinamerika bedeutend für das tägliche Leben der Nordamerikaner sei, selbst wenn sie für die US-amerikanische Außenpolitik kein »urgent issue« darstelle – also weder eine Gefahr für die Sicherheit der USA noch Ziel oder Zufluchtsort von Terrornetzwerken sei. Denn beide Amerikas seien neben der wirtschaftlichen Interdependenz auch durch transnationale Herausforderungen wie Energiesicherheit, globale Erwärmung und Drogenkriminalität miteinander verbunden, denen sich weder die USA noch die Region Lateinamerika alleine stellen könne. Außerdem erfordere die lateinamerikanische Migration in die USA zudem eine gemeinsame Inangriffnahme der sich daraus ergebenden komplexen Themen, die – wie beispielsweise der Drogen-, Waffen- und Menschenhandel – sowohl internationale als auch nationale Auswirkungen hätten.

Lowenthal und Zovatto ermutigen daher die Obama-Regierung und den Kongress dazu, mit den Ländern Lateinamerikas Kooperationsvereinbarungen für gemeinsame Interessen und Herausforderungen zu treffen. Außerdem betonen sie die Notwendigkeit, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und ihre interamerikanische Demokratiecharta zu stärken. Für eine Konsolidierung demokratischer Strukturen in Lateinamerika seien gemäß Piccone multilaterale Herangehensweisen und internationale Kooperation dringend erforderlich.

Der zweite Teil des Bandes umfasst Artikel renommierter Autoren aus Europa, Lateinamerika und den USA zu den sechs Ländern, die gemäß der Interpretation der Herausgeber im Hinblick auf Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsdefizite als besonders herausfordernd gelten: Kolumbien, Haiti, Kuba, Venezuela, Bolivien und Mexiko. Anhand dieser Fallbeispiele werden jeweils Vorschläge für eine nuanciertere Lateinamerikapolitik unterbreitet.

Zwei Kapitel widmen sich den Staatlichkeitsdefiziten in Kolumbien. Shifter und Pardo betonen dabei gleichermaßen, dass es unter der Regierung Uribe zwar Fortschritte gegeben habe. Trotzdem bestehe dringender Handlungsbedarf in Bezug auf eine Reihe von demokratiegefährdenden Faktoren wie dem Drogenhandel, den extralegalen Hinrichtungen, der aufsteigenden wirtschaftlichen und politischen Macht des Paramilitärs und ihren Verbindungen zur Regierung. Aus diesem Grund spricht sich Shifter für eine Abkehr der überwiegend militärischen

Unterstützung bei der Drogenbekämpfung aus und für eine größere finanzielle Zuwendung hinsichtlich der Entwicklungshilfe. Shifter und Pardo sind sich darüber einig, dass mit Europa und den internationalen Organisationen zusammengearbeitet werden muss.

Erikson und Valdés identifizieren Haiti aufgrund seiner akuten wirtschaftlichen und sozialen Krise als einen weiteren Problemstaat. Haiti weise einen beständigen »Migrationsstrom« nach Florida auf und sei zudem ein wichtiger Umschlagplatz für kolumbianisches Kokain und Waffen. Beide machen auf den dringenden Bedarf internationaler Hilfe zur Etablierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufmerksam und raten zu einem multilateral eingebetteten, langfristigen US-Engagement in Haiti.

In den US-kubanischen Beziehungen werden wegen des Regierungswechsels in den USA und Fidel Castros Rückzug von der Staatsspitze die größten Veränderungen erwartet. Pérez-Stable fordert in ihrer Länderanalyse eine Abkehr vom US-amerikanischen Konfrontationskurs gegenüber Kuba und plädiert für eine Einigung der internationalen Akteure auf gemeinsame Maßnahmen. Denn die USA, die EU und viele Länder der westlichen Hemisphäre verfolgten dasselbe Ziel: die Etablierung demokratischer Staatsführung und stabiler Rechtsstaatlichkeit auf Kuba. Pérez-Stable rät unter anderem zu einer Lockerung des Embargos und zu einer Wiederaufnahme Kubas in die OAS. (Inzwischen hat die OAS die Suspendierung der Mitgliedschaft Kubas bereits aufgehoben.) In einem weiteren Beitrag zu Kuba greift Hoffmann die heikle Frage auf, ob jenseits der von Präsident Obama angekündigten Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo Bay auch der Marinestützpunkt als solcher an Kuba zurückgegeben werden soll. Die Forderung nach einer Rückgabe des Territoriums sei international noch nicht auf der Agenda und könne gerade daher als ein kraftvolles Symbol für eine neue und positivere Politik gewertet werden. Hoffmann warnt aber ausdrücklich davor, die Übertragung von Guantánamo Bay an Kuba an andere Forderungen zu knüpfen.

Im Fall Venezuela und Bolivien raten McCoy und Gray Molina der Obama-Regierung vor allem zu einer Deeskalationsstrategie. Die USA sollten eine Politik der Annäherung verfolgen und weder Venezuela noch Bolivien isolieren oder konfrontieren, da die USA in Venezuela wichtige strategische Interessen verfolgen: Öl, Drogenbekämpfung und Sicherheit. Für Bolivien weist Gray Molina auf die Notwendigkeit internationaler Hilfe gerade im Bereich der Institutionenbildung und der Förderung effektiver Regierungsführung hin. Des Weiteren sprechen sie sich – wie auch alle anderen Autoren – für eine außenpolitische Wende in Richtung Multilateralismus aus und für eine US-amerikanische Außenpolitik, die anderen Staaten respektvoll und in beratender Funktion gegenübertritt.

Wegen seiner geographischen Nähe ist Mexiko für die USA von besonderer Bedeutung. Magaloni und Elizondo betonen in ihrem Artikel, dass sich die staatlichen Defizite Mexikos unmittelbar auf die USA auswirken würden und mexikanische Drogenkartelle eine sicherheitspolitische Herausforderung für die Verein-

ten Staaten darstellen. Allerdings weisen die Autoren auch darauf hin, dass die große Drogennachfrage in den USA und der stetige, illegale Waffen- und Geldtransport an die mexikanischen Drogenbanden zu den Hauptgründen für den Erhalt organisierter Kriminalität in Mexiko zählen. Der neuen US-Administration raten sie zu multilateraler Kooperation, zu einer strengeren Kontrolle des Waffenhandels und dazu, ökonomische Anreize zu schaffen, die zur Stabilisierung Mexikos beitragen könnten.

The Brookings Institution leistet mit dieser Publikation einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der vielschichtigen Probleme und Herausforderungen in den Amerikas und gibt außerdem wichtige Handlungsempfehlungen für die US-Administration, den komplexen Anforderungen in der Region zu begegnen.

Allerdings erschließt sich für den Leser leider nicht, nach welchen Kriterien die Auswahl der behandelten Länder erfolgte. Zovatto führt beispielsweise in seinem »overview essay« Ecuador als ein Land ein, das gravierende Probleme in der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufweist und politisch besorgniserregend ist. In den Länderanalysen ist es allerdings nicht zu finden. Ungeklärt bleibt ebenso, warum Kolumbien, Haiti und Kuba jeweils zwei Artikel gewidmet wurden, hingegen Venezuela, Bolivien und Mexiko nur einer. Zumal jeweils beide Analysen bei Kolumbien und auch bei Haiti analog aufgebaut sind, die Wissenschaftler zu sehr ähnlichen Defizitanalysen kommen und sich auch ihre Handlungsempfehlungen wenig voneinander unterscheiden. Darüber hinaus weisen die drei einführenden Essays und der an die Länderstudien anschließende Beitrag von Whitehead viele redundante Elemente auf. Whitehead hebt nur noch ein weiteres Mal die Notwendigkeit für die USA hervor, multilateral zu agieren, langfristiges Engagement zu zeigen und den demokratiegefährdenden Faktoren der jeweiligen Länder durch auf sie zugeschnittene Strategien zu begegnen. Außerdem greift er lediglich die grundsätzlichen Überlegungen der Autoren der Länderstudien erneut auf und versäumt es, seine Ausführungen zu konkretisieren oder weitere Denkanstöße zu geben.

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum nicht auf Repetitionen verzichtet und gleichfalls die Länderstudien um zusätzliche Staaten erweitert wurden. Erwägenswert wäre etwa gewesen, Brasilien als »Stabilitätsanker« der Region in den Konsolidierungsempfehlungen zu berücksichtigen. Denn gerade weil Lateinamerika für die USA nicht zu den »urgent issues« gehört und die neue Regierung nicht mehr Zeit und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen wird, könnte Brasilien als strategischer Partner der USA zusätzlich herangezogen werden.

Trotz dieser Einwände überzeugt die von Brookings präsentierte »Agenda for Change« sowohl wegen ihrer inhaltlich hochwertigen Studien als auch wegen ihrer interessanten Handlungsempfehlungen für eine konstruktivere Beziehung zwischen den USA und Lateinamerika.

Doch ob sich die Lateinamerikapolitik der USA tatsächlich verändern wird und ob der fünfte Gipfel der Amerikas der Startschuss für diese Entwicklung war,

bleibt abzuwarten. Denn angesichts der großen Begeisterungswelle für den neuen US-Präsidenten wird oftmals übersehen, dass Obama wichtige Entscheidungen nicht im Alleingang treffen kann, sondern der US-Kongress ebenfalls über weitreichende Kompetenzen verfügt. Darüber hinaus gewann die Region Lateinamerika in den vergangenen Jahren an politischer Unabhängigkeit, und ihre staatlichen Akteure vertreten zunehmend selbstbewusster ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen.

*Lena Wörrlein,
Hamburg*

BROOKE HARRINGTON:

Pop Finance – Investment Clubs and New Investor Populism

Princeton 2008

Princeton University Press, 242 p.

As the disastrous social consequences of the current financial crisis emerge, much has been written recently about political shortcomings and failures to regulate financial markets at the macro-level. Discussions about financial institutions such as the stock market are often presented in very technical terms in both the academic literature and in public discourse. The focus on financial markets as a technical macro-level phenomenon neglects, however, an understanding of what these markets actually are, above all, their social underpinnings. In »Pop Finance«, sociologist Brooke Harrington makes good this omission. Examining the social context in which financial decision-making takes place, Harrington offers a very interesting and refreshing alternative to the standard accounts of stock market dynamics presented by economics and finance. At a time when faith in economic models based on the premise of rational, self-interested individuals is increasingly waning, Harrington's book challenges their core assumptions.

Harrington's research is motivated by the massive increase in investment activity in the United States over the last twenty years. While financial investment was considered a rich man's game in the decades following the Great Depression, during the 1990s the buying and selling of stocks turned into a mass phenomenon, involving more than 50 percent of American adults (p. 12). Investment clubs have played a major role in the rise of »popular finance,« since most private investors are members of such organizations. With a view to understanding the social underpinnings of stock markets, consequently, Harrington examines decision-making processes in investment clubs, employing the conceptual and analytical tools of economic sociology. As formal associations for consultation and discussion of financial decisions, Harrington finds that investment clubs provide an interesting arena for scholarly observation in which decision-making processes in